

Strafrecht Allgemeiner Teil Band I: Grundlagen. Der Aufbau der Verbrechenslehre

von
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Claus Roxin

4., vollständig neu bearbeitete Auflage

Strafrecht Allgemeiner Teil Band I: Grundlagen. Der Aufbau der Verbrechenslehre – Roxin

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Strafgesetzbuch](#)



Verlag C.H. Beck München 2006

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 53071 5

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis [Rn.] [Seite] XXVII

1. Abschnitt – Grundlagen

§ 1. Das Strafrecht im formellen Sinn. Definition und Abgrenzung	1
A. Die Sanktion (Strafe und Maßregel) als formales Definitions kriterium des Strafrechts und die Zweispurigkeit des Sanktionsystems	1 1
B. Das Strafrecht als öffentliches Recht. Disziplinarmaßnahmen, Geldbußen und Ordnungsmittel als nichtstrafrechtliche Sanktionen	5 3
C. Nebenstrafrecht	7 4
D. Das materielle Strafrecht als Teilgebiet der gesamten Strafrechtswissenschaft; deren verschiedene Disziplinen	8 4
I. Strafverfahrensrecht	9 4
II. Strafzumessungsrecht	10 5
III. Strafvollzugsrecht	11 5
IV. Jugendstrafrecht	12 5
V. Kriminologie	13 6
E. Der Allgemeine Teil des materiellen Strafrechts	15 7
§ 2. Der materielle Verbrechensbegriff. Die Strafe als subsidiärer Rechtsgüterschutz und ihre inhaltliche Abgrenzung von strafähnlichen Sanktionen	8
A. Der materielle Verbrechensbegriff	1 13
B. Der Streit um den Rechtsgutsbegriff	2 14
C. Die Ableitung des Rechtsgutsbegriffs aus den Aufgaben des Strafrechts	7 16
I. Willkürliche, rein ideologisch motivierte oder gegen Grundrechte verstößende Strafgesetze schützen keine Rechtsgüter	13 18
II. Die Umschreibung gesetzlicher Zielvorstellungen begründet noch kein Tatbestandslegitimierendes Rechtsgut	14 18
III. Unmoral, Unsittlichkeit oder sonstige Verwerflichkeit eines Verhaltens begründen als solche noch keine Rechtsgutsverletzung	17 19
IV. Der Verstoß gegen die eigene Menschenwürde oder die „Würde der Menschheit“ ist noch kein hinreichender Grund für eine Bestrafung	20 20
V. Der Schutz von Gefühlen kann nur bei Bedrohungsgefühlern als Rechtsgut anerkannt werden	26 22
VI. Die bewusste Selbstschädigung, deren Ermöglichung und Unterstützung legitimiert keine Strafdrohung	32 23
VII. Überwiegend symbolische Strafrechtsnormen sind abzulehnen	37 25
VIII. Tabus sind keine Rechtsgüter	43 27
IX. Schutzobjekte von ungreifbarer Abstraktheit sind keine Rechtsgüter	46 28
X. Zusammenfassung	50 29
D. Die Erweiterung des strafrechtlichen Regelungsbereichs über den Rechtsgüterschutz hinaus	51 29
E. Rechtsgüterschutz und Ordnungswidrigkeitenrecht	60 31
F. Die Wandelbarkeit des Rechtsgutsbegriffs	63 32
G. Rechtsgut und Handlungsobjekt	65 33

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
H. Rechtsgut, abstrakte Gefährdungsdelikte und Kollektivrechtsgüter	68	34
I. Rechtsgüterschutz und Verfassung	86	40
J. Kann der Gesetzgeber verpflichtet sein, Rechtsgüterverletzungen zu bestrafen?	95	43
K. Die Subsidiarität des Rechtsgüterschutzes	97	45
L. Abweichende Auffassungen in der Literatur	103	47
I. Jescheck/Weigend, Zipf	104	47
II. Welzel	105	48
III. Lenckner	107	49
IV. Jakobs	109	49
V. Amelung	116	51
VI. Stratenwerth	117	52
VII. Resümee	120	53
M. Das Harm Principle	123	54
N. Feindstrafrecht?	126	55
O. Die inhaltliche Abgrenzung der Strafe von strafähnlichen Sanktionen	130	57
I. Abgrenzung von der Geldbuße des Ordnungswidrigkeitenrechts	130	57
II. Abgrenzung von den Disziplinarmaßnahmen	134	59
III. Abgrenzung von den Ordnungs- und Zwangsmitteln der Prozessordnungen und ähnlicher Gesetze	138	61
IV. Abgrenzung von den Privatstrafen	140	62
 § 3. Zweck und Rechtfertigung von Strafe und Maßregeln	 64	
A. Zweck der Strafe; die Straftheorien	1	69
I. Die Vergeltungstheorie (Gerechtigkeits-, Sühnethorie)	2	70
II. Die Theorie der Spezialprävention	11	73
III. Die Theorie der Generalprävention	21	78
IV. Die vergeltenden Vereinigungstheorien	33	83
V. Die präventive Vereinigungstheorie	37	85
1. Der ausschließlich präventive Zweck der Strafe	37	85
2. Der Verzicht auf jede Vergeltung	44	88
3. Das Schuldprinzip als Mittel der Eingriffsbegrenzung	51	91
4. Zusammenfassung	59	95
B. Zweck und Begrenzung der Maßregeln; das Verhältnis von Strafe und Maßregeln	63	96
C. Die Wiedergutmachung als dritte Spur des Strafrechts?	72	100
 § 4. Die deutsche Strafrechtsreform seit 1871	 105	
A. Das RStGB von 1871	1	108
B. Die Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg	3	109
C. Die Reformarbeiten in der Weimarer Republik	7	111
D. Die nationalsozialistische Zeit	12	113
E. Die Wiederaufnahme der Reformarbeit	15	114
F. Der E 1962 und der AE	17	116
G. Zum neuen Allgemeinen Teil von 1975	24	118
I. Die Abschaffung der Zuchthausstrafe	25	119
II. Die Zurückdrängung der Freiheitsstrafe unter sechs Monaten	27	119
III. Das Absehen von Strafe	30	120
IV. Die Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung	31	120
V. Das neue Geldstrafensystem	34	121

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
VI. Die Führungsaufsicht	37	122
VII. Die sozialtherapeutische Anstalt	38	122
H. Die Reformgesetzgebung von 1969 bis heute	41	123
I. Zur Europäisierung des Strafrechts	45	127
J. Interkulturelles Strafrecht	51	131
K. Völkerstrafrecht	52	131
§ 5. Das Gesetzlichkeitsprinzip im Zusammenhang mit der Auslegung und der zeitlichen Geltung der Strafgesetze		135
A. Kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz	1	138
I. Kein Verbrechen ohne Gesetz	2	139
II. Keine Strafe ohne Gesetz	4	140
B. Die vier Auswirkungen des Gesetzlichkeitsprinzips	7	141
I. Das Analogieverbot (nullum crimen, nulla poena sine lege stricta)	8	141
II. Das Verbot strafbegründenden und strafshärfenden Gewohnheitsrechts (nullum crimen, nulla poena sine lege scripta)	9	142
III. Das Rückwirkungsverbot (nullum crimen, nulla poena sine lege prævia)	10	142
IV. Das Verbot unbestimmter Strafgesetze und Strafen (nullum crimen, nulla poena sine lege certa)	11	142
C. Zur Geschichte und internationalen Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips	12	143
D. Die heute noch lebenskräftigen staatstheoretischen und strafrechtlichen Wurzeln des Gesetzlichkeitsprinzips	18	145
I. Der politische Liberalismus	19	146
II. Demokratie und Gewaltenteilung	20	146
III. Generalprävention	22	147
IV. Das Schuldprinzip	24	148
E. Auslegung und Analogieverbot	26	148
I. Die Grenzen der Auslegung im Strafrecht	26	148
1. Der mögliche umgangssprachliche Wortsinn als Auslegungsgrenze	26	148
2. Die Rechtsprechung	33	152
3. Abweichende Meinungen in der Literatur	36	154
II. Der Geltungsbereich des Analogieverbots	40	157
1. Seine Geltung im Besonderen Teil und bei den Strafdrohungen	40	157
2. Seine Geltung im Allgemeinen Teil	41	157
3. Analogieverbot im Verfahrensrecht?	43	159
4. Die Analogie zugunsten des Täters	44	159
F. Das Verbot strafbegründenden und strafshärfenden Gewohnheitsrechts	45	159
G. Das Rückwirkungsverbot und die zeitliche Geltung der Strafgesetze	51	161
I. Die Begründung des Rückwirkungsverbots	51	161
II. Das zur Zeit der Tat geltende Gesetz	52	162
III. Das Rückwirkungsverbot bei den Voraussetzungen der Strafbarkeit und seine prinzipielle Nichtgeltung für Maßregeln	55	165
IV. Rückwirkungsverbot und Verfahrensrecht	57	166
V. Rückwirkungsverbot und Rechtsprechung	61	168
VI. Die Rückwirkung zugunsten des Täters	62	169
VII. Zeitgesetze	66	171
H. Das Verbot unbestimmter Strafgesetze und Strafen	67	172
I. Die Bestimmtheit der Strafbarkeitsvoraussetzungen	67	172
II. Der Bestimmtheitsgrundsatz im Bereich der Deliktsfolgen	80	177
§ 6. Tat- und Täterstrafrecht		178
A. Begriffliche Klärung. Das Tatstrafrecht als die im geltenden Recht vorherrschende Tendenz	1	178

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
B. Tat- und Täterstrafrecht bei Franz v. Liszt und seinen Nachfolgern	4	179
C. Täterstrafrechtliche Tendenzen der dreißiger Jahre. Lebensführungsschuld. Kriminologischer und normativer Tätertyp	6	181
I. Erik Wolf	7	181
II. Das Gewohnheitsverbrechergesetz von 1933	8	181
III. Kriegsgesetzgebung und normativer Tätertyp	10	183
D. Tat- und Täterstrafrecht im geltenden Recht	13	185
I. Strafverschärfende täterstrafrechtliche Einflüsse	14	185
1. Täterstrafrechtliche Tatbestände im Besonderen Teil?	15	185
2. Täterstrafrechtliche Einflüsse im Allgemeinen Teil?	18	187
3. Täterstrafrechtliche Einflüsse bei der Strafzumessung?	21	188
II. Strafmildernde täterstrafrechtliche Einflüsse	22	189
III. Die Maßregeln als Ausdruck täterstrafrechtlichen Denkens	23	189
§ 7. Strafrechtsdogmatik und Strafrechtssystem. Grundprobleme der allgemeinen Verbrechenslehre		190
A. Die Aufgaben der Dogmatik und Systematik des Strafrechts	1	194
B. Grundbegriffe des Strafrechtssystems	4	195
I. Handlung	5	196
II. Tatbestandsmäßigkeit	6	196
III. Rechtswidrigkeit	7	197
IV. Schuld	8	197
V. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	9	197
VI. Zur Systematisierung der gesamten Strafrechtswissenschaft	10	198
C. Zur geschichtlichen Entwicklung der neueren Verbrechenslehre	12	199
I. Die Entdeckung der tragenden Begriffe	12	199
II. Ihre Übernahme durch den Gesetzgeber	13	200
III. Historische Entwicklungsstufen der Verbrechenssystematik	14	200
1. Das klassische Verbrechenssystem	15	201
2. Das neoklassische System	16	201
3. Die finale Handlungslehre	18	202
IV. Geistesgeschichtlich-philosophische Grundlagen der Entwicklung vom klassischen zum finalistischen System	19	203
V. Die neoklassisch-finalistische Synthese der gegenwärtig herrschenden Verbrechenslehre	23	204
VI. Das zweckrationale (funktionale) Strafrechtssystem	26	205
D. Leistungen und Grenzen der überlieferten Strafrechtssystematik; System- und Problemdenken in der Dogmatik des Strafrechts	37	211
I. Vorteile des Systemdenkens	38	211
1. Erleichterung der Fallprüfung	39	212
2. Die Ordnung des Systems als Voraussetzung gleichmäßiger und differenzierter Rechtsanwendung	40	212
3. Vereinfachung und bessere Handhabbarkeit des Rechts	41	213
4. Der Systemzusammenhang als Wegweiser zur Rechtsfortbildung	42	213
II. Gefahren des Systemdenkens	43	214
1. Vernachlässigung der Einzelfallgerechtigkeit	44	215
2. Reduzierung von Problemlösungsmöglichkeiten	47	216
3. Kriminalpolitisch nicht legitimierbare Systemableitungen	48	217
4. Die Verwendung zu abstrakter Begriffe	51	218
III. Problemdenken	54	219
E. Grundlagen eines teleologisch-kriminalpolitischen Systementwurfs	57	221
I. Zur Konzeption eines wertungsorientierten Systems	57	221
1. Die Handlung	60	222
2. Der Tatbestand	61	223

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Das Unrecht	64	224
4. Die Verantwortlichkeit	71	226
5. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	73	227
II. Strafrechtsdogmatik und Kriminalpolitik	75	227
III. Deliktskategorien als Beurteilungsaspekte	82	231
IV. Die teleologisch-kriminalpolitische Verbrechenslehre und die Methode der System- und Begriffsbildung	86	232
2. Abschnitt – Handlung, Vergehen, Verbrechen		
§ 8. Handlung	236	
A. Die Aufgaben des Handlungsbegriffs	1	238
B. Der Handlungsbegriff in der Entwicklung der Strafrechtsdogmatik. Darstellung und Kritik	7	239
I. Der vorklassische Handlungsbegriff	7	239
II. Der natürliche (naturalistische, kausale) Handlungsbegriff des klassischen Systems	10	241
III. Der finale Handlungsbegriff	17	243
IV. Der soziale Handlungsbegriff	27	248
V. Der negative Handlungsbegriff	33	250
VI. Das Aufgehen der Handlung im Tatbestand	42	255
C. Der personale Handlungsbegriff	44	256
I. Die Handlung als Persönlichkeitsäußerung	44	256
II. Nahe stehende Auffassungen	46	257
III. Der personale Handlungsbegriff als Grundelement	51	259
IV. Der personale Handlungsbegriff als Verbindungselement	54	260
V. Der personale Handlungsbegriff als Grenzelement	58	262
VI. Das Wesen des personalen Handlungsbegriffs	74	270
§ 9. Vergehen und Verbrechen	1	272
A. Zur Geschichte der Differenzierung	2	272
B. Regelung und praktische Bedeutung im geltenden Recht	5	273
C. Die Verwirklichung der „abstrakten“ Theorie im geltenden Recht und ihre Fundierung im nullum-crimen-Grundsatz	9	274
D. Abgrenzungsfragen	15	277
3. Abschnitt – Tatbestand		
§ 10. Die Lehre vom Tatbestand	278	
A. Systemtatbestand, Garantietatbestand, Irrtumstatbestand	1	280
B. Zur Entwicklung des Tatbestandes als systematischer Kategorie	7	282
I. Der objektive und wertfreie Tatbestand Belings	7	282
II. Die Entdeckung des subjektiven Tatbestandes	8	283
III. Die Erkenntnis des Systemtatbestandes als eines Unrechtstatbestandes	10	284
C. Das Verhältnis von Tatbestand und Rechtswidrigkeit	13	286
I. Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	13	286
II. Zwei- oder dreistufiger Verbrechensaufbau?	16	287
III. Sonderauffassungen	27	292
IV. Rechtswidrigkeitshinweise in Strafvorschriften; negativ gefasste Tatbestandsmerkmale	30	293

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
D. Soziale Adäquanz und Tatbestandsausschluss	33	295
E. Offene Tatbestände und gesamttatbewertende Merkmale	43	300
I. Offene Tatbestände	43	300
II. Gesamttatbewertende Merkmale	45	301
F. Objektiver und subjektiver Tatbestand	53	304
I. Der objektive Tatbestand	54	306
1. Struktur und Inhalt des objektiven Tatbestandes	54	306
2. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	57	307
II. Der subjektive Tatbestand	61	309
1. Der Tatbestandsvorsatz	62	310
2. Die subjektiven Tatbestandsmerkmale und ihre Abgrenzung von den Schuldmerkmale	70	313
3. Gesinnungsmerkmale	78	316
4. Zur Systematisierung der Tatbestände mit subjektiven Merkmalen	83	318
G. Handlungs- und Erfolgsunwert im Tatbestand	88	319
H. Arten der Tatbestände	102	328
I. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	102	330
II. Dauer- und Zustandsdelikte	105	330
III. Erfolgsqualifizierte Delikte	108	331
1. Regelung und rechtspolitische Würdigung	108	331
2. Der Zusammenhang zwischen Grunddelikt und Erfolg	111	332
3. Ähnliche Tatbestandsformen	119	337
4. Zur Geschichte	122	337
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	123	337
V. Unternehmensstatbestände	125	338
VI. Einfache und zusammengesetzte Delikte	126	338
VII. Einaktige und mehraktige Delikte	127	339
VIII. Allgemeindelikte und Sonderdelikte	129	339
IX. Grunddelikt, tatbestandliche Abwandlungen, eigenständige Delikte	132	340
§ 11. Die Zurechnung zum objektiven Tatbestand		343
A. Die Lehre vom Kausalzusammenhang	3	350
I. Zur naturwissenschaftlichen und philosophischen Problematik des Kausalbegriffs	3	350
II. Die Äquivalenztheorie (Bedingungstheorie)	6	351
III. Einzelprobleme der Äquivalenztheorie	20	359
IV. Statistische und probabilistische Kausalitätsmodelle	35	366
V. Adäquanz- und Relevanztheorie	39	368
B. Die weitere Zurechnung zum objektiven Tatbestand	44	371
I. Verletzungsdelikte	44	371
1. Einführung	44	371
2. Schaffung eines unerlaubten Risikos	53	375
a) Der Ausschluss der Zurechnung bei Risikoverringerung	53	375
b) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Gefahrschaffung	55	377
c) Gefahrschaffung und hypothetische Kausalverläufe	58	379
d) Der Ausschluss der Zurechnung in den Fällen des erlaubten Risikos	65	382
3. Verwirklichung des unerlaubten Risikos	69	384
a) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Gefahrverwirklichung	69	384
b) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Verwirklichung des unerlaubten Risikos	73	386
c) Der Ausschluss der Zurechnung bei Erfolgen, die nicht durch den Schutzzweck der Sorgfaltsnorm gedeckt werden	84	390

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
d) Rechtmäßiges Alternativverhalten und Risikoerhöhungstheorie ...	88	392
e) Zur Kombination von Risikoerhöhungs- und Schutzzwecklehre	104	399
4. Die Reichweite des Tatbestandes	106	401
a) Die Mitwirkung bei vorsätzlicher Selbstgefährdung	107	401
b) Die einverständliche Fremdgefährdung	121	409
c) Die Zuordnung zum fremden Verantwortungsbereich	137	417
d) Weitere Fälle	145	421
II. Gefährdungsdelikte	146	422
1. Konkrete Gefährdungsdelikte	147	423
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte	153	426
a) Die klassischen abstrakten Gefährdungsdelikte	154	427
b) Massenhandlungen (vor allem im Straßenverkehr)	160	430
c) Delikte mit „vergeistigtem Zwischenrechtsgut“	161	431
d) Abstrakte Eignungsdelikte	162	431
§ 12. Vorsatz und Tatbestandsirrtum. Die Zurechnung zum Vorsatz bei Kausalabweichungen	433	
A. Grundlagen und Erscheinungsformen des Vorsatzes	1	436
I. Die Absicht	7	438
II. Der direkte Vorsatz	18	444
III. Der bedingte Vorsatz (dolus eventualis)	21	445
1. Der bedingte Vorsatz als Entscheidung für die mögliche Rechts-güterverletzung	21	445
2. Ähnliche und abweichende Lösungen	35	452
a) Die Billigungs- oder Einwilligungstheorie	36	452
b) Die Gleichgültigkeitstheorie	40	454
c) Die Vorstellungs- oder Möglichkeitstheorie	41	455
d) Die Wahrscheinlichkeitstheorie	45	457
e) Puppes Lehre von der „Vorsatzgefahr“	47	457
f) Die Theorie des nicht betätigten Vermeidewillens	53	459
g) Die Frankschen Formeln	55	460
h) Kombinationstheorien	57	461
i) Die Risikotheorie von Wolfgang Frisch	58	462
j) Nicht unwahrscheinlicher Erfolgseintritt und Risikogewöhnung bei Jakobs	62	463
k) Herzbergs Theorie der unabgeschirmten Gefahr	65	465
l) Ulrich Schroths Lehre von der Aneignung der unrechtskonstitutiven Elemente	70	467
m) Zusammenfassende Betrachtung	72	468
n) Die Gleichbehandlung von dolus eventualis und bewusster Fahr-lässigkeit	74	469
3. Zur Entwicklung der neueren Rechtsprechung	75	470
IV. Die zeitliche Dimension des Vorsatzes (dolus antecedens und dolus subsequens)	89	478
V. Die Tatbestandsbezogenheit des Vorsatzes und der dolus alternativus	92	479
B. Der Tatbestandsirrtum	95	481
I. Kenntnis und Unkenntnis von Tatumständen	95	483
1. Die Abgrenzung von Tatbestands- und Verbotsirrtum	100	485
2. Die Deutlichkeit des Bewusstseins beim „Kennen“ von Tatumständen	122	497
II. Der Gegenstand des Tatbestandsvorsatzes. Unmittelbare und analoge Anwendung des § 16	132	502
1. Die Umstände des gesetzlichen Tatbestandes nach § 16 I	132	502
2. Der Irrtum über strafmildernde Umstände nach § 16 II	138	505

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Die analoge Anwendung des § 16	140	505
4. Irrtümer, die nach anderen Regeln zu behandeln sind	148	508
C. Die Zurechnung zum Vorsatz bei Kausalabweichungen	151	509
I. Gewöhnliche Kausalabweichungen	151	511
II. Die aberratio ictus	160	515
III. Der „Vorsatzwechsel“ (Tatobjektswechsel)	171	520
IV. Der „dolus generalis“ und verwandte Fälle	174	522
V. Der error in obiecto (bzw. error in persona)	193	530
§ 13. Die Einwilligung		536
A. Zum Stand der Lehre von der Einwilligung	1	539
I. Zur Geschichte	1	539
II. Einverständnis und Einwilligung	2	540
III. Die aus der Differenzierung abgeleiteten Unterschiede	4	541
IV. Die Ablehnung der Differenzierung und ihre Konsequenzen	11	544
B. Die Einwilligung als Tatbestandsausschließungsgrund	12	545
I. Die Handlungsfreiheit des Einwilligenden als Grund des Tatbestandsausschlusses	12	545
II. Die fehlende Verwirklichung des Deliktstyps bei wirksamer Einwilligung	19	548
III. Die fehlende Interessenabwägung als Argument gegen eine bloße Rechtfertigung	22	550
IV. Die mangelnde Durchführbarkeit der Zweiteilungslehre	24	551
V. § 228 kein Gegenargument	29	553
VI. Die rechtfertigende Kraft der „eingriffsmildernden Einwilligung“ kein Gegenargument	30	554
VII. Die unterschiedlichen Voraussetzungen wirksamer Zustimmung als Folgerungen aus der jeweiligen Struktur der Tatbestände	32	555
C. Tatbestände mit fehlender oder eingeschränkter Einwilligungsmöglichkeit	33	555
I. bei Rechtsgütern der Allgemeinheit	33	555
II. bei Tatbeständen, die dem Schutz des Rechtsgutsträgers dienen	36	557
III. bei der Körperverletzung	38	558
1. Die Entwicklung der eigenen Auffassung	38	558
2. Neuere Stellungnahmen der Literatur	50	562
3. Die neuere Rechtsprechung	56	564
4. Gesetzliche und dogmatische Sonderlösungen	67	567
5. Der Rechtsgedanke des § 228 ist nicht auf andere Tatbestände übertragbar	70	568
D. Kundgabe, Gegenstand, Zeitpunkt und Widerruf der Einwilligung	71	569
I. Die Kundgabe als Voraussetzung wirksamer Einwilligung	71	569
II. Handlung und Erfolg als Gegenstand der Einwilligung	78	571
III. Zeitpunkt und Widerruflichkeit der Einwilligung	79	571
E. Die Einsichtsfähigkeit	80	572
F. Die Stellvertretung bei der Einwilligung	92	578
G. Willensmängel bei der Einwilligung	97	580
I. Täuschung	97	580
II. Irrtum	111	587
III. Drohung und Zwang	113	588
H. Der Irrtum über Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Einwilligung	118	590
I. Die hypothetische Einwilligung	119	590

Inhalt

[Rn.] [Seite]

4. Abschnitt – Rechtswidrigkeit

§ 14. Grundfragen der Unrechtslehre	596
A. Rechtswidrigkeit und Unrecht	1 600
B. Formelle und materielle Rechtswidrigkeit	4 601
C. Viktimodogmatik und materielles Unrecht	15 605
D. Unrecht und rechtsfreier Raum	26 610
E. Rechtswidrigkeit und Einheit der Rechtsordnung	31 613
F. Zur Systematisierung der Rechtfertigungsgründe	38 615
G. Die Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen	45 619
H. Irrtumsfragen bei der Rechtfertigung	52 622
I. Der Unrechtsvorsatz	52 622
1. Der Meinungsstand	52 622
a) Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	54 623
b) Die eingeschränkte Schuldtheorie	55 623
c) Die rechtsfolgenverweisende Schuldtheorie	57 624
d) Die rechtsfolgensebstständige Schuldtheorie	59 624
e) Die strenge Schuldtheorie	61 625
f) Die Rechtsprechung	62 625
2. Stellungnahme	64 626
a) Die eingeschränkte Schuldtheorie	64 626
b) Die strenge Schuldtheorie	65 627
c) Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	72 630
d) Die rechtsfolgenverweisende Schuldtheorie	73 630
e) Die rechtsfolgensebstständige Schuldtheorie	78 632
3. Die Abgrenzung von Erlaubnistatbestandsirrtum und Verbotsirrtum	79 632
II. Prüfungspflicht bei Rechtfertigungsgründen?	83 634
III. Rechtfertigungselemente, die auf ungewisse oder zukünftige Umstände abstellen	88 636
IV. Die Ungewissheit über das Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	90 637
V. Die subjektiven Rechtfertigungselemente	94 639
1. Die Notwendigkeit subjektiver Rechtfertigungselemente	96 640
2. Die inhaltlichen Voraussetzungen der subjektiven Rechtfertigungselemente	97 641
3. Die Annahme eines Versuches bei fehlendem subjektiven Rechtfertigungselement	104 644
I. Die Wirkung der Rechtfertigungsgründe	107 645
J. Objektive Zurechnung bei Rechtfertigungsgründen?	113 647
K. Darstellung und Gliederung der einzelnen Rechtfertigungsgründe	116 648
§ 15. Die Notwehr	650
A. Die Grundprinzipien des Notwehrrechts	1 654
B. Zur geschichtlichen Entwicklung des Notwehrrechts	4 657
C. Der Angriff bei der Notwehr	6 657
D. Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	14 661
E. Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	21 665
F. Die notwehrfähigen Güter	30 669
G. Die Erforderlichkeit der Abwehr	42 674
H. Die Gebotenheit der Notwehr	55 683
I. Der schuldlose oder in seiner Schuld wesentlich geminderte Angriff	61 685
II. Der vom Angegriffenen rechtswidrig provozierte Angriff	65 687

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
III. Der unerhebliche Angriff	83	696
IV. Angriffe im Rahmen von Garantieverhältnissen	93	701
V. Der erpresserische Angriff durch Drohungen	100	704
VI. Kann Folter oder deren Androhung durch Nothilfe gerechtfertigt werden?	103	706
I. Hoheitliches Handeln und Notwehrrecht	108	708
J. Die Nothilfe	116	713
K. Die Beschränkung der Notwehr auf den Angreifer und seine Rechtsgüter	124	716
L. Der Verteidigungswille als subjektives Rechtfertigungselement?	129	719
§ 16. Der rechtfertigende Notstand und verwandte Fälle		720
A. Die Grundvorschrift des § 34	1	723
I. Die Entwicklung des geltenden Notstandsrechts	1	723
II. Die Notstandsgefahr	12	728
III. Die Abwägung der widerstreitenden Interessen	26	735
1. Die Abwägungsgesichtspunkte	26	735
a) Der Strafrahmenvergleich	27	736
b) Das Wertgefülle der Rechtsgüter	29	737
c) Die Intensität der Rechtsgutsverletzung	32	738
d) Keine Abwägung von Leben gegen Leben	33	738
e) Der Grad der drohenden Gefahren	43	742
f) Das Autonomieprinzip	46	744
g) Gesetzliche Regelungen	51	746
h) Die Verschuldung der Notstandslage	60	751
i) Besondere Pflichtenstellungen	65	754
j) Das Tätigwerden auf der Seite des Unrechts	67	755
k) Die individuelle Bedeutung des abgewendeten und des verursachten Schadens für die jeweils Betroffenen	71	757
l) Die Entstehung der Gefahr aus der Sphäre des Eingriffsopfers	72	758
2. Das wesentliche Überwiegen des geschützten Interesses	89	766
IV. Die Angemessenheitsklausel	91	767
V. Weitere Probleme des rechtfertigenden Notstandes	101	772
1. Die widerstreitenden Interessen stehen demselben Rechtsgutsträger zu	101	772
2. Notstandsbefugnisse von Hoheitsträgern	103	773
3. Das subjektive Rechtfertigungselement	105	774
B. Der zivilrechtliche Angriffsnotstand, § 904 BGB	107	775
C. Der zivilrechtliche Verteidigungsnotstand, § 228 BGB	111	777
D. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	115	778
E. Die notstandsähnliche Lage	126	783
F. Das Widerstandsrecht nach Art. 20 IV GG	129	785
§ 17. Amts- und Zwangsrechte; behördliche Genehmigung		787
A. Eingriffsrechte von Amtsträgern	1	787
B. Der rechtswidrige verbindliche Befehl	15	794
C. Das Handeln pro magistratu	22	797
I. Die vorläufige Festnahme	23	798
II. Das Selbsthilferecht	29	802
D. Der Rechtfertigungsgrund des Züchtigungsrechts besteht nicht mehr	32	803
I. Die Züchtigung durch Erziehungsberechtigte	32	804
1. Das geltende Recht und sein geschichtlicher Hintergrund	32	804
2. Die sozialpolitische Problematik der gesetzlichen Regelung	35	804

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Die verschiedenen Lösungsvorschläge der Literatur und das Ergebnis nach geltendem Recht	37	805
4. Rechtspolitische Würdigung und Überlegungen de lege ferenda	47	809
II. Die Züchtigung durch den Lehrer	52	810
III. Die Züchtigung durch andere Personen	56	812
E. Die behördliche Genehmigung	58	812
§ 18. Rechtfertigungsgründe aus erlaubtem Risiko	1	820
A. Die mutmaßliche Einwilligung	3	821
I. Die Struktur des Rechtfertigungsgrundes	3	822
II. Die Subsidiarität der mutmaßlichen Einwilligung	10	826
III. Mutmaßliche Einwilligung bei eigennützigem Handeln?	15	828
IV. Die Maßstäbe für die Festlegung des mutmaßlichen Willens	19	829
1. Das Handeln in fremdem Interesse	19	829
a) Sachgebundene Entscheidungen	20	830
b) Persönlichkeitsgebundene Entscheidungen	21	830
c) Existentielle Entscheidungen	23	831
2. Das Handeln im eigenen Interesse	27	833
V. Irrtum und Prüfungspflicht	29	834
B. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen	31	835
I. Zur Struktur des § 193	31	836
II. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen als Rechtfertigungsgrund	35	838
III. Keine Erstreckung des § 193 über die Beleidigungstatbestände hinaus ...	39	839
IV. Die einzelnen Voraussetzungen der berechtigten Interessenwahrnehmung	40	840
C. Die Freiheit der Kunst	49	843
I. Die Freiheit der Kunst als eigenständiger Rechtfertigungsgrund	49	844
II. Die Voraussetzungen des Rechtfertigungsgrundes aus Art. 5 III GG	51	845
5. Abschnitt – Schuld und Verantwortlichkeit		
§ 19. Grundfragen der Lehre von der Verantwortlichkeit		847
A. Schuld und präventive Notwendigkeit als Voraussetzung strafrechtlicher Verantwortlichkeit	1	851
B. Vom psychologischen zum normativen Schuld begriff	10	855
C. Zur Kritik des normativen Schuld begriffs	15	858
D. Die inhaltliche Bestimmung der Schuld im Strafrecht (der materielle Schuld begriff)	18	859
I. Schuld als „Andershandelnkönnen“	20	860
II. Schuld als rechthilflich missbilligte Gesinnung	23	861
III. Schuld als Einstehen müssen für den eigenen Charakter	27	863
IV. Schuld als Zuschreibung nach generalpräventiven Bedürfnissen	33	866
V. Schuld als unrechtes Handeln trotz normativer Ansprechbarkeit	36	868
VI. Die Gegner des Schuldprinzips	51	875
E. Strafbegründungs- und Strafzumessungsschuld	54	876
F. Schuldausschließungs- und Entschuldigungsgründe?	56	877
G. Maurachs Lehre von der Tatverantwortung	58	878
H. Tat- und Lebensführungsschuld	62	880
§ 20. Die Schulpflicht		881
A. Die Schulpflicht bei Erwachsenen	1	886
I. Die Grundlagen der gesetzlichen Regelung	1	886

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
II. Die biologisch-psychologischen Anknüpfungsbefunde	8	889
1. Die krankhafte seelische Störung	8	889
2. Die tiefgreifende Bewusstseinsstörung	13	891
3. Der Schwachsinn	22	896
4. Die schwere andere seelische Abartigkeit	24	897
III. Die Einsichts- und Hemmungsfähigkeit	28	899
IV. Die erheblich verminderte Schuldfähigkeit	33	902
1. Die Voraussetzungen des § 21	33	902
2. Die fakultative Strafmilderung	37	906
3. Der Sonderfall des § 7 WStG	48	911
B. Die Schuldfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen	50	911
C. Die actio libera in causa	56	914
§ 21. Der Verbotsirrtum		925
A. Die Regelung des Verbotsirrtums. Dogmenhistorische Entwicklung und rechtspolitische Problematik	1	927
B. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	12	932
C. Die Erscheinungsformen des Unrechtsbewusstseins	20	937
I. Der Irrtum über die Existenz eines Verbotes	21	937
II. Der Irrtum über Existenz oder Grenzen eines Rechtfertigunggrundes ..	22	938
III. Der Subsumtionsirrtum	23	938
IV. Der Gültigkeitsirrtum	25	939
D. Die Bewusstseinsformen des Verbotsirrtums	27	940
E. Das bedingte Unrechtsbewusstsein	29	941
F. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	35	944
I. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums als Voraussetzung schuldhaften Handelns	35	944
II. Die Entschuldbarkeit des Irrtums als Fall ausgeschlossener strafrechtlicher Verantwortlichkeit	38	945
III. Die Mittel zur Erlangung der Unrechtskenntnis	46	948
IV. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums als Tat- oder Täterschuld? ..	47	948
V. Die Voraussetzungen der Vermeidbarkeit im Einzelnen	52	950
1. Der „Anlass“ der Vergewisserung	53	950
2. Das erforderliche Ausmaß der Vergewisserungsbemühungen	62	954
3. Die Erlangbarkeit der Unrechtskenntnis im Falle unzureichender Bemühungen	69	959
G. Die Rechtsfolgen des Verbotsirrtums	70	959
H. Sonderregelungen des Verbotsirrtums	73	960
§ 22. Der verantwortungsausschließende Notstand und ähnliche Fälle		962
A. Der Notstand des § 35	1	962
I. Systematische Stellung und teleologischer Gehalt der Regelung	1	963
II. Die gegenwärtige, anders nicht abwendbare Gefahr	15	969
III. Die notstandsfähigen Rechtsgüter	22	972
IV. Der privilegierte Personenkreis	30	975
V. Das Handeln zur Gefahrabwendung	32	976
VI. Die Versagung des Verantwortungsausschlusses nach § 35 I 2	35	977
1. Zur Ratio der Gegenausnahme	35	977
2. Das besondere Rechtsverhältnis	39	979
3. Die selbstverursachte Gefahr	44	981
4. Sonstige Fälle zumutbarer Gefahrhinnahme	52	985
5. Die Strafzumessung bei zumutbarer Gefahrhinnahme	56	986

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
VII. Die irrtümliche Annahme einer Notstandssituation	59	987
VIII. Die Teilnahme an der Notstandstat	66	990
B. Der Notwehrexzess des § 33	68	991
I. Systematische Stellung und teleologischer Gehalt der Regelung	68	991
II. Die verantwortungsausschließenden Affekte	75	995
III. Bewusste und unbewusste Notwehrüberschreitung	82	997
IV. Intensiver und extensiver Notwehrexzess	84	998
V. Die Beeinträchtigung unbeteiligter Dritter	91	1001
VI. Der Notwehrexzess nach provoziertem Notwehrlage	93	1002
VII. Der Putativ-Notwehrexzess	94	1003
VIII. Analoge Anwendbarkeit des § 33 auf die Überschreitung anderer Rechtfertigungsgründe?	97	1004
C. Die Gewissenstat	100	1005
I. Art. 4 GG als Grundlage der strafrechtlichen Beurteilung	100	1006
II. Die Konsequenzen für die Strafbarkeit der Gewissenstat	109	1009
III. Die systematische Einordnung der strafbefreienden Gewissenstat	120	1013
D. Der zivile Ungehorsam	130	1017
E. Gründe ausgeschlossener Verantwortlichkeit im Besonderen Teil	134	1018
I. Die einzelnen Fälle	134	1019
1. Die unterlassene Strafanzeige gegen Angehörige, § 139 III	135	1019
2. Der Verwandtenbeischlaf unter Minderjährigen, § 173 III	136	1020
3. Die zugunsten eines anderen und zugleich für sich selbst erfolgende Strafvereitelung, § 258 V	138	1020
4. Die Strafvereitelung zugunsten eines Angehörigen, § 258 VI	139	1021
II. Die dogmatische Behandlung dieser Fälle	140	1021
F. Übergesetzlicher Verantwortungsausschluss	142	1022
I. Unzumutbarkeit als übergesetzlicher Entschuldigungsgrund?	142	1023
II. Die Gefahrengemeinschaft als Grund ausgeschlossener Verantwortlichkeit	146	1025
1. Die Begründung eines übergesetzlichen Verantwortungsausschlusses	146	1025
2. Die herrschende Lehre vom übergesetzlichen Schuldausschluss	154	1028
3. Die Annahme eines Strafausschließungsgrundes	157	1029
4. Die Annahme eines Strafmilderunggrundes	159	1030
5. Die Annahme eines Verbotsirrtums	160	1030
III. Die Wahl des kleineren Übels als Grund des Verantwortungsausschlusses bei der Tötung von Menschen?	161	1030
IV. Kann die Folter oder ihre Androhung, wenn sie der Rettung von Menschenleben dient, durch einen übergesetzlichen Verantwortungsausschluss straffrei gestellt werden?	166	1033

6. Abschnitt – Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

§ 23. Objektive Strafbarkeitsbedingungen und Strafausschließungsgründe	1035	
A. Strafbarkeitsvoraussetzungen jenseits der Verantwortlichkeit. Problemstellung und Beispiele	1	1036
B. Die Überdehnung der vierten Deliktskategorie in der herrschenden Lehre	6	1038
I. Scheinbare Strafbarkeitsbedingungen als Tatbestandsmerkmale	7	1038
II. Scheinbare Strafausschließungsgründe als Rechtfertigungsgründe	14	1040
III. Scheinbare Strafausschließungsgründe als Gründe ausgeschlossener Verantwortlichkeit	16	1041
C. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit und Strafausschließungsgründe als Fälle des Vorranges außerstrafrechtlicher Zwecksetzungen	21	1042
I. Der leitende Gesichtspunkt	21	1042

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
II. Literarische Stellungnahmen	27	1044
III. Praktische Folgerungen	30	1046
D. Andere Konzeptionen	31	1046
I. Die Ablehnung der vierten Deliktskategorie	31	1046
II. Die Strafwürdigkeit als Kriterium der vierten Deliktskategorie	34	1047
III. Die Strafbedürftigkeit als Kriterium der vierten Deliktskategorie	37	1048
E. Die Abgrenzung der Strafbarkeitsbedingungen und Strafausschließungsgründe von den Prozessvoraussetzungen	41	1050
I. Umstrittenheit und Schwierigkeit der Grenzziehung	41	1050
II. Die Orientierung des materiellen Rechts am „Verdientsein des Straf-übel“	45	1051
III. Das Hinwegdenken des Strafprozesses als Kriterium für die Abgrenzung von materiellem und formellem Recht	48	1052
IV. Der unmittelbare Zusammenhang mit der Tat als Kriterium der Zugehörigkeit zum materiellen Recht	51	1053
F. Ausblick. Strafrechtliche und außerstrafrechtliche Zwecksetzungen im Prozessrecht	54	1054

7. Abschnitt – Fahrlässigkeit

§ 24. Fahrlässigkeit	1058	
Vorbemerkung	1	1062
A. Der Tatbestand	3	1063
I. Von der Schuldform zum tatbestandlichen Delikttyp	3	1063
II. Die Kriterien fahrlässigen Verhaltens	8	1064
III. Zur Konkretisierung der unerlaubten Gefahrenschaffung	14	1067
1. Rechtsnormen	15	1067
2. Verkehrsnormen	18	1068
3. Der Vertrauensgrundsatz		
a) im Straßenverkehr	21	1070
b) bei arbeitsteiligem Zusammenwirken	25	1071
c) im Hinblick auf vorsätzliche Straftaten anderer	26	1072
4. Die differenzierte Maßfigur	34	1075
5. Erkundigungs- und Unterlassungspflichten	36	1076
6. Die Abwägung von Nutzen und Risiko	39	1077
IV. Zur Konkretisierung des tatbestandlichen Schutzbereiches	41	1078
V. „Trifftige Veranlassung“ zum Rechnen mit einer Rechtsgüterverletzung statt „unerlaubter Gefahrenschaffung“?	47	1079
VI. Generalisierung oder Individualisierung des Fahrlässigkeitsmaßstabes?	53	1081
VII. Unbewusste und bewusste Fahrlässigkeit	66	1086
VIII. Objektiver und subjektiver Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts	73	1089
IX. Vorsatz, Leichtfertigkeit, einfache und geringfügige Fahrlässigkeit als Abstufungen von Unrecht und Schuld	77	1091
1. Vorsatz und Fahrlässigkeit	77	1091
2. Leichtfertigkeit	81	1092
3. Geringfügige Fahrlässigkeit	92	1096
X. Fahrlässigkeitsdelikt und nullum crimen sine lege	94	1096
B. Die Rechtswidrigkeit	98	1098
I. Die grundsätzliche Problematik	98	1098
II. Die Notwehr	100	1099
III. Der Notstand	104	1100
IV. Mutmaßliche Einwilligung und Einwilligung	107	1101

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
C. Schuld und Verantwortlichkeit	109	1102
I. Die allgemeinen Schuldausschließungsgründe	109	1102
II. Zusätzliche Schuldausschließungsgründe	114	1104
1. Individuelles Unvermögen	114	1104
2. Die Unzumutbarkeit	122	1106
Sachverzeichnis		1111



Inhalt

